



Unser Ziel:

lebenswerte Kommunen

2030 und darüber hinaus durch bezahlbare Daseinsvorsorge

2030 mag sich vieles auf der Welt verändert haben. Unser Ziel: Bewährtes bleibt und wird weiterentwickelt, Neues erfolgreich umgesetzt. Und was sich als nicht richtig erweist, mutig und kritisch hinterfragt. Für unsere Kinder gehört der Besuch im örtlichen Freibad mit Schwimmkurs und Pommes zum Sommer wie das Eis. Für die Erwachsenen stehen weiter Sport und Kultur auf dem Programm – zu Preisen, die für jeden Geldbeutel erschwinglich sind.

Ob Energie- und Mobilitätswende, effizientes Wasserressourcenmanagement, Abfalltourplanung oder Klima-Anpassung. Städte und Gemeinden und ihre kommunalen Unternehmen setzen auf Digitalisierung und gestalten den Wandel aktiv: vom digitalen Frühwarnsystem zum Schutz vor Starkregen bis zur intelligenten Verkehrssteuerung. So vielfältig unsere Smart-City-Anwendungen auch sein mögen, sie eint ein Ziel: die Daseinsvorsorge zu verbessern und den digitalen Wandel zu nutzen, um das Leben in Stadt und Land spürbar zu verbessern. 2030 ist Daseinsvorsorge immer und überall sicher und bezahlbar geblieben. Auch in den ländlichen Regionen,





Wir setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse ein, um den Zusammenhalt und die Teilhabe in unserem Land zu stärken. Sie sind ein Versprechen: für Wirtschaftskraft und Lebensqualität in Stadt und Land. Dafür machen wir uns stark.

in denen wegen des demografischen Wandels immer weniger Menschen leben und die Kosten für bestehende Infrastrukturen und Sport-, Kultur- und Gesundheitsangebote schultern müssen. Doch wie bleibt die Daseinsvorsorge nicht nur sicher, sondern auch bezahlbar? Wie Menschen Lebensqualität und Infrastruktur in ihrem Ort wahrnehmen, hat unmittelbare Folgen für den Zusammenhalt. Man kann streiten, ob jemand abgehängt ist, oder sich nur so fühlt. Im Kern muss es darum gehen, wie wir die Daseinsvorsorge über das Gesundheitswesen bis zu Kulturangeboten sichern und all das bezahlbar bleibt – egal, wo man wohnt.

Smart City und Smart Region: Für den digitalen Wandel brauchen wir fairen Wettbewerb bei datengetriebenen Geschäftsmodellen

Für uns ist Digitalisierung kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, um den Wirtschaftsstandort stärken und die Lebensqualität verbessern. Geld ist dabei nicht alles: Neben flächendeckend leistungsfähigen, digitalen Infrastrukturen und guten Rahmenbedingungen für Cyber-Sicherheit brauchen wir klare Regeln für den Umgang mit Daten kommunaler Unternehmen. Wenn nur kommunale Unternehmen ihre Daten offenlegen müssen, ist das ein struktureller Nachteil im Wettbewerb mit privaten Unternehmen. Stattdessen brauchen wir einen verlässlichen, transparenten und fairen Rechtsrahmen, der Wettbewerb auf Augenhöhe ermöglicht. Das gilt auch für neue europäische Vorgaben. Kommunale Unternehmen brauchen Planungs- und Investitionssicherheit für ihre Digitalisierungsstrategien.

Für Bäder und ÖPNV: Kommunalen Querverbund erhalten, langfristige Finanzierung sichern

Bäder und ÖPNV sind Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, die sich kaufmännisch nicht rechnen. Dennoch werden sie zu Tarifen und Preisen angeboten, dass sie allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen. Das ist erst durch den steuerlichen Querverbund möglich: Die dauerdefizitären Leistungen werden durch eine steuerlich wirksame Ergebnisverrechnung mit Gewinnen, zum Beispiel aus der Energie- oder Wasserversorgung, finanziert. Politik sollte den kommunalen Querverbund rechtssicher erhalten, damit die kommunale Daseinsvorsorge dauerhaft finanziert ist und so ihren Beitrag zu Lebensqualität in Stadt und Land leisten kann. Zudem müssen wir die Folgen der Corona-Pandemie in den Blick: Beim ÖPNV treffen sinkenden Fahrgastzahlen und Einnahmen auf den Ausbaubedarf für Klimaschutz und Verkehrswende. Der Betrieb der Bäder wiederum ist in der Pandemie nur durch Betriebskonzepte mit klaren Hygiene- und Abstandsregeln möglich. Mehr Aufwand, weniger Besucher: Corona hat die finanziellen Verluste in dieser Badesaison in die Höhe geschraubt. Viele Betreiber fürchten die Schließung. Schwimmen dient der Gesundheit und ist eine Lebensfertigkeit – beides darf keine Frage des Wohnorts sein. Neben dem kommunalen Querverbund ist die kurzfristige, finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern in der Corona-Pandemie wichtig für eine langfristig sichere Finanzierung der Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse.

Ländlicher Raum: Kooperationen und Förderung, damit Daseinsvorsorge keine Frage des Wohnorts wird.

Für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort und Zusammenhalt muss Daseinsvorsorge immer und überall sicher und bezahlbar bleiben – auch im ländlichen Raum. Gerade bei den Kosten für Modernisierung und Anpassung der Infrastrukturen, zum Beispiel für die Abwasserentsorgung oder Wasserversorgung, an Klimawandel und demografischen Wandel sollte Politik zwei Hebel nutzen. Erstens sollte sie **Rahmenbedingungen für Vernetzung und interkommunale Kooperationen verbessern**. So wer-



85,5 %

der Verbraucherinnen und Verbraucher beurteilen die Qualität ihres Trinkwassers als sehr gut oder gut.

Quelle: TWIS-Studie des Instituts für empirische Sozial- und Kommunikationsforschung, 2020

700 Mio.

Euro pro Jahr betragen die Entsorgungskosten für Einwegkunststoffartikel gesamt

120 Millionen Euro davon für die Entsorgung von Einweggetränkebechern

225 Millionen Euro davon für die Entsorgung von Zigarettenkippen

Quelle: Littering-Gutachten INFA-Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management im Auftrag des VKU, 2020

73 %

der Deutschen vertrauen ihren kommunalen Unternehmen, die regelmäßig einen Spitzenplatz im Vertrauensranking belegen.

Quelle: forsa-Vertrauensranking im Auftrag von RTL 2021



den Risiken und Kosten für den Ausbau von Infrastrukturen geteilt und Synergieeffekte genutzt. Das Steuerrecht sollte dem nicht im Wege stehen: Ab 2023 drohen Kooperationen im Bereich der kommunalen Abfall- und Abwasserwirtschaft neue steuerliche Belastungen. Das gilt auch, wenn Kommunen Aufgaben in einer Anstalt des öffentlichen Rechts bündeln, um Synergien zu erzielen. Das Unionsrecht bietet Möglichkeiten, dies zu verhindern. Nutzen wir sie! Zweitens sollten sie den „Wenige Schultern“-Effekt als Folge der demografischen und siedlungsstrukturellen Entwicklung in ländlichen Räumen abfedern: Wenn die Menschen vor Ort die Finanzierung generationenübergreifender Infrastrukturen nicht mehr alleine schultern können, sind Fördermittel nötig. Dazu empfiehlt auch die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in ihrem Abschlussbericht im Jahr 2019 eine „Startprämie“.

**Für saubere Städte: Hersteller substantiell an
Reinigungskosten beteiligen.**

Verschandeltes Stadtbild, schlechteres Sicherheitsgefühl, hohe Kosten: 700 Millionen Euro zahlen Kommunen und damit die Menschen vor Ort jedes Jahr im Kampf gegen Vermüllung („Littering“) der Straßen. Dazu hat die EU das Prinzip der Herstellerverantwortung verankert: Künftig müssen nicht mehr allein die Gebührenzahler die Kosten für die kommunale Stadtreinigung über ihre Gebühren schultern, auch die Hersteller von Verpackungen müssen sich an den Kosten beteiligen. Dazu braucht

es nun auch einen transparenten und verlässlichen Finanzierungsmechanismus, der den kommunalen Entsorgern Planungssicherheit für Investitionen in zusätzliche Reinigungstechnik und Personal gibt.

Verpackungsgesetz für mehr Service konkretisieren:

Lebensqualität zeigt sich auch an kleinen Dingen. Kommunen sollten bestimmen können, dass auch unterirdische Container („Unterflurcontainer“) für die Verpackungsentsorgung eingesetzt und gelbe Tonnen vom Grundstück abgeholt werden können.

Daseinsvorsorge in der EU stärken:

Was die Europäische Union im Großen durch „Kohäsionspolitik“ verfolgt, setzen kommunale Unternehmen vor Ort um: gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Sie verschaffen Deutschland einen Standortvorteil, stärken damit auch die EU als Wirtschaftsstandort und fördern den Zusammenhalt. Voraussetzung dafür sind die **Gestaltungsspielräume der EU-Mitgliedstaaten bei der Daseinsvorsorge**. Für deren Erhalt sollte die Bundesregierung in Brüssel eintreten – insbesondere bei der Weiterentwicklung und Vertiefung des europäischen Binnenmarktes. Die EU-Kommission sollte auch ihr Versprechen für Bürokratieabbau einlösen.

Kommunalen Mittelstand unterstützen.

Als Rückgrat der deutschen und europäischen Wirtschaft wird der Mittelstand geschützt und gefördert. Kleine und mittlere kommunale Unternehmen, die in Deutschland zurecht zur mittelständischen Wirtschaft zählen, zählen jedoch laut EU-Definition nicht als KMU. Grund: Bereits ab 25 Prozent Beteiligung der öffentlichen Hand sind kommunale Unternehmen von der KMU-Förderung ausgeschlossen – auch wenn sie ansonsten die Mittelstands-Kriterien erfüllen. Das muss sich ändern: Die Bundesregierung sollte sich auf EU-Ebene für eine Ausweitung der KMU-Definition auf kleine und mittlere kommunale Unternehmen einsetzen und bis dahin pragmatische Lösungen in den nationalen Förderprogrammen sowie für Bürokratieabbau finden.

Team #daseinsvorsorge
Unsere Positionen zur Bundestagswahl:
btw2021.vku.de
*Dort auch: leistungsstarke Kommune
 und klimaneutrale Kommune*

Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Invalidenstraße 91 | 10115 Berlin
 Fon +49 30 58580-0 | Fax +49 30 58580-100
 info@vku.de | www.vku.de

Gestaltung und Produktion: VKU Verlag GmbH
 Bildnachweis: plainpicture/Elektrons 08 (S. 1), DEEPOL by plainpicture/Marc Romanelli (S. 2), plainpicture/Stephen Shepherd (S. 3), AWM Münster (S. 4)